

# Schoch ist gegen Steuersenkung

Am 14. Juni steht im Baselbiet eine Richtungswahl an. Grünen-Regierungskandidat Philipp Schoch und Matthias Liechti (SVP) präsentieren im Streitgespräch ihre Rezepte für die drängendsten Probleme des Kantons.

Nikolaos Schär und Hans-M. Jermann

**Herr Liechti, Herr Schoch, Sie sind wegen des Regierungswahlkampfes derzeit an vielen Veranstaltungen im Kanton unterwegs. Wo drückt der Schuh im Baselbiet?**

*Matthias Liechti:* Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie Freiheiten verlieren, die sie früher hatten. Die Art und Weise, wie man heute unterwegs ist, führt dazu, dass sich viele eingekengt fühlen. Dazu kommen Jobsicherheit, Kosten, Wachstum und andere Bereiche.

*Philipp Schoch:* Auch die Infrastruktur ist ein Thema. Dass wir einen Investitionsstau haben, höre ich oft. Es muss etwas gehen, es muss vorwärtsgehen im Baselbiet. Das wird oft genannt, auch wenn es manchmal etwas unkonkret bleibt. Dazu kommt eine gewisse Hoffnung, dass es mit neuem Personal in der Regierung anders wird als bisher.

**Die Stimmbeteiligung dürfte am 14. Juni wegen der SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» um einige höher ausfallen als üblich. Sie war im Wahlkampf eher ein Nebenthema. Warum?**

*Liechti:* Ich glaube, im Kanton Baselstadt ist man sich bewusst, dass bei den Themen, welche die Initiative anspricht, ohnehin Handlungsbedarf besteht. Das sind der Dichtestress und der Rückstand bei der Infrastruktur. Diese Probleme müssen wir im Baselbiet angehen – unabhängig davon, ob die Initiative angenommen oder abgelehnt wird.

*Schoch:* Wir leben in einer Grenzregion und sind stark angewiesen auf Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Wir haben mit der Pharma in Basel eine starke, global ausgerichtete Branche, die auch das Baselbiet prägt. Den Leuten ist bewusst, dass das so ist. Aber eine direkte Auswirkung auf die Regierungswahlen nehme ich nicht wahr. Natürlich hat die Initiative einen Mobilisierungseffekt, was ich als Vorteil sehe. Jener von uns zwei, der gewählt wird, hat eine höhere Legitimation als bei früheren Wahlen.

**Herr Liechti, Sie haben sich lange nicht klar zur «10-Millionen-Schweiz» positioniert. Haben Sie sich nun entschieden?**

*Liechti:* Ich tendiere mittlerweile zu einem Ja. Warum? Die Initiative deckelt die Bevölkerungszahl nicht ewig bei zehn Millionen. Laut Prognosen des Bundes knackt die Schweiz zwischen 2040 und 2045 die 10-Millionen-Grenze. Es gibt aber auch Modelle, bei denen das gar nicht so weit kommt. Vielleicht haben wir irgendwann sogar eine abnehmende Bevölkerung. Wenn wir durch die Initiative fünf bis zehn Jahre mehr Zeit erhalten, um die nötige Infrastruktur bereitzustellen, ist das nicht schlecht. Ab 2050 kann der Bundesrat die Grenze via Verordnung wieder anpassen.

*Schoch:* Das ist ein sehr theoretischer Ansatz. Niemand kann sagen, wo wir

2040 oder 2045 stehen werden. Um das Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten, brauchen wir jetzt Lösungen, nicht erst 2045.

*Liechti:* Natürlich, aber wir wissen beide, wie lange politische Prozesse dauern, bis Projekte beschlossen und umgesetzt werden. Diese Zeithorizonte sind bei grossen Infrastrukturprojekten absolut plausibel. Es geht nicht darum, einfach hinter dem Haus einen Veloweg zu bauen.

**Herr Schoch, Sie sind gegen die Initiative. Haben Sie diese Karte im Wahlkampf zu wenig gespielt, um sich stärker von Matthias Liechti abzugrenzen?**

*Schoch:* Wenn man mich im Wahlkampf erlebt hat, dann hat man gemerkt, dass ich gegen die 10-Millionen-Schweiz bin. Ich habe aber nicht explizit plakatiert: «Übrigens bin ich dagegen.» Es gibt im Kanton Probleme, die den Menschen näher sind.

**Zurück ins Baselbiet. Es ist nicht klar, wer die Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) nach dem Rücktritt von Isaac Reber übernimmt. Ihm wird von verschiedener Seite mangelnder Arbeitseifer vorgeworfen. Ist die Kritik berechtigt?**

*Schoch:* Ich weiss nicht, welche konkreten Projekte Sie meinen. Viele sind sehr stark politisiert und kommen deshalb gar nicht in die Realisierung. Das Regierungsamt kann verschleissend sein. Vielleicht sieht man beim Amtsinhaber heute nicht mehr das gleiche Feuer wie im ersten Jahr. Das ist nachvollziehbar.

**Ein Beispiel: In Frenkendorf wird seit Jahren über Sanierung und Neubau der Sekundarschule diskutiert. Der Landrat hat 2021 entschieden. Bis heute ist nichts umgesetzt. Und das ist kein hoffnungslos verpolitisiertes Projekt.**

*Schoch:* Genau das meine ich. Wir müssen bei diesen Projekten vorwärtsmachen. Beim Spital ist es ähnlich. Dort haben wir einen riesigen Investitionsstau. Wahrscheinlich wird es dort nochmals ein Referendum geben. Aber irgendwann muss man einfach loslegen. Das ist mir auch ein Rätsel: Warum Projekte nicht schneller umgesetzt werden. Günstiger wird es dadurch sicher nicht.

*Liechti:* Dass es bei vielen Projekten nicht vorwärtsgeht, zeigen die vielen Initiativen, Vorstösse und politischen Debatten. Nicht nur bei grossen interkantonalen oder internationalen Projekten wie dem Zubringer Bachgraben. Hier verstehe ich, dass die Situation schwierig ist und vielleicht frischer Wind nötig wäre. Die Direktion wird seit Jahren kritisiert, wie lange etwa Baubewilligungsverfahren dauern und wie undurchsichtig die Entscheidungsfindung ist. Ich verstehe nicht, weshalb das nicht funktioniert.

**Herr Liechti, warum muss die BUD zurück in bürgerliche Hände?**



*Liechti:* Zunächst: Isaac Reber war und ist kein ideologischer Grüner. Man muss ihm attestieren, dass er pragmatische Ansätze verfolgt hat. Darum braucht es keinen kompletten Richtungswechsel. Aber vielleicht braucht es eine andere Fokussierung der Kräfte.

**«Im Bachgraben ist eine neue Strasse nötig. Zugleich finde ich, wir können mit der Tramererschliessung vorwärtsmachen.»**

**Philipp Schoch**  
Regierungskandidat Grüne

Er hat enorm viel Energie ins Energiegesetz gesteckt. Aber jetzt muss der Fokus darauf liegen, die Effizienz in der Verwaltung zu verbessern und Projekte anzugehen, die finanziert wären, aber noch nicht umgesetzt wurden. Diese Woche haben wir im Landrat wieder darüber diskutiert. Es wurden neue Schulhäuser gebaut, etwa in Sisach, und Lehrpersonen mussten Ventilatoren aus der eigenen Tasche kaufen. Das ist nicht akzeptabel.

**Die Strassen im Baselbiet sind überlastet. Herr Schoch, Sie haben gesagt, dass Sie den Rheintunnel ablehnen...**

*Schoch:* Der Rheintunnel ist kein Baselbieter Strassenprojekt. Der Souverän hat es an der Urne abgelehnt, und das gilt es zu respektieren.

**Das Projekt betrifft das Baselbiet trotzdem. Was sind Ihre Rezepte gegen überlastete Strassen?**

*Schoch:* Es braucht alles, um die Strassen zu entlasten. Zum Beispiel Park-and-Ride-Anlagen oder mehr Leute im Öffentlichen Verkehr. Eine Person, die allein im Auto unterwegs ist, verursacht Stau. Jede Person, die den ÖV nutzt, verhindert Stau.

**Trotz ÖV-Förderung haben wir Staus auf den Strassen.**

*Schoch:* Park-and-Ride haben wir nicht flächendeckend umgesetzt. Da besteht noch viel Potenzial. Bis der Bund grosse Strassenbauprojekte umgesetzt hat, vergehen Jahrzehnte. Wir brauchen jetzt Lösungen. Einfachere Massnahmen, die bezahlbar sind und die wir als Kanton umsetzen können. Beim Bachgraben stellt sich die Frage: Wie erschliesst man das Gebiet besser? Reicht die heutige ÖV-Erschliessung? Nein, definitiv nicht. Das Problem im Bachgraben ist, dass wir auf keinem Verkehrsträger eine gute Anbindung haben.

*Liechti:* Die aktuelle Erschliessung ist klar ungenügend. Ob der Zubringer Bachgraben mit neuem Anlauf umgesetzt oder zuerst angepasst werden muss, kann ich nicht beantworten. Um die noch sehr positive Strahlkraft des Gebietes nicht zu gefährden, müssen wir aber rasch vorwärtsmachen.

**Einverstanden, dass es im Bachgraben eine neue Strasse braucht?**

*Schoch:* Das sehe ich auch so. Eine Strasse ist nötig. Zugleich finde ich, wir können mit der Tram- und Velo-Erschliessung vorwärtsmachen, auch

# gen, Liechti für mehr Sparwillen



Grosse Unterschiede, dasselbe Ziel: Philipp Schoch (Grüne) und Matthias Liechti (SVP) wollen in die Regierung. Bild: Kenneth Nars

wenn es beim Zubringer noch etwas länger braucht.

**Wie stehen Sie zur Idee, Tangentialverbindungen zu bauen, um die Stadt Basel zu umgehen, wie sie etwa von der Wirtschaftskammer Baselland mit der «Umfahrung Süd» gefordert wird?**

*Schoch:* Das ist für mich schon ein Thema. Wir müssen die Täler untereinander besser verbinden. Heute muss fast der gesamte Verkehr durch das Nadelöhr Schweizerhalle. Das Problem betrifft nicht nur die Strasse, sondern auch die Bahn. Wenn man heute von einem Tal ins andere will, muss man fast immer über Basel SBB reisen. Dort gibt es lange Wartezeiten. Auch das kann's nicht sein.

**Herr Liechti, was sind Ihre Mobilitäts-Rezepte fürs Baselbiet?**

*Liechti:* Ich finde, wir dürfen die Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen. Es kann nicht sein, dass man sagt: Wir bauen keine Strassen mehr, sondern verbessern nur den ÖV. Bei Park-and-Ride gibt es Angebote, aber sie werden oft nicht genutzt, weil sie nicht dem Bedürfnis der Menschen entsprechen. Wir müssen bauen, was

die Menschen tatsächlich brauchen. Wenn wir versuchen, die Gesellschaft umzuerziehen, funktioniert das nicht. Nehmen wir das Beispiel Birsfelden: Wegen des Staus auf der Autobahn gibt es immer mehr Ausweichverkehr in den Quartieren. Dann implementiert die Gemeinde ein restriktives Verkehrsregime. Das ist verständlich, kann es aber nicht sein.

**Neben der vertrackten Verkehrssituation tickt im Baselbiet eine demografische Bombe. Das Baselbiet hat die zweitälteste Bevölkerung aller Schweizer Kantone...**

*Schoch:* Stichwort: «10-Millionen-Schweiz», wir brauchen dringend Pflegekräfte...

**... seit Jahren gibt es keinen Geburtenüberschuss mehr. Wo muss die Regierung ansetzen, um nicht in eine Krise zu geraten?**

*Liechti:* Ich bin Vater von vier Kindern, an meiner Familie liegt der Geburtenrückgang nicht (lacht). Spass beiseite. Die Diskussion um das Rentenalter wird uns weiter beschäftigen. Wie wir mit dem Thema Alter umgehen, ist nicht nur ein Baselbieter Problem, sondern ein schweizweites und europaweites.

Der Vorteil ist: Die Menschen sind heute bis ins hohe Alter deutlich fitter als früher, viele stellen sich gerne in den Dienst der Gesellschaft. Das gibt Hoffnung, dass man mit Nachbarschaftshilfe und ähnlichen Ansätzen vieles auffangen kann.

**«Wir müssen bauen, was die Menschen brauchen. Wenn wir versuchen, sie umzuerziehen, funktioniert das nicht.»**

**Matthias Liechti**  
Regierungskandidat SVP

*Schoch:* Das Problem sind vor allem die steigenden Kosten – im Baselbiet sind vor allem die Gemeinden betroffen. Wir haben das überhaupt nicht im Griff. Man kann das kaum steuern. Das andere Problem ist, dass uns Arbeitskräfte wegfallen, weil viele pensioniert werden. Dort haben wir viel zu wenig gemacht. Wir sind überhaupt nicht bereit bei der Digitalisierung – weder im Baselbiet noch schweizweit. Dort müssen wir viel mehr investieren, damit wir automatisieren können. Es fehlen schlicht die Menschen, die diese Arbeiten übernehmen können.

**Die Kosten bei der Pflegefinanzierung sind stark angestiegen. Der Kanton hat die Tarifierung an die Gemeinden zurückgegeben. Diese sind damit überfordert, die Kosten sind explodiert.**

*Schoch:* Wir arbeiten heute mit Versorgungsregionen, die relativ gross sind. Das ist grundsätzlich gut so. Aber die Herausforderung ist enorm. Einfach alles an die Gemeinden zu delegieren, funktioniert nicht.

*Liechti:* Für mich ist nicht das Problem, dass die Gemeinden zuständig sind. Gemeinden sind nahe bei den Leuten und finden oft die günstigsten Lösungen. Das Problem ist vielmehr, dass die finanziellen Mittel vom Kanton nicht mitgegeben werden. Das passiert ständig – nicht nur im Altersbereich.

**Würden Sie als Regierungsrat Gegensteuer geben?**

*Liechti:* Das wäre eines meiner Hauptthemen. In den letzten Jahren haben wir als Gemeinden ständig neue Aufgaben übernommen. Es gibt einen Finanzausgleich und eine Abgeltung der Sonderlasten. Aber das System ist unglaublich komplex. Man müsste das viel einfacher und transparenter gestalten. Mein Vorschlag: Geht eine Aufgabe vom Kanton an die Gemeinden über, müsste gleich mitentschieden werden, wie viele Steuerprozent dazugehören.

*Schoch:* Ich bin gleicher Meinung. Wenn man die Defizite der Gemeinden anschaut und sie mit den Kantonsfinanzen vergleicht, sieht man eine riesige Lücke. Das Baselbiet kann nicht erfolgreich sein, wenn es den Gemeinden schlecht geht.

**Zum Thema Steuern. Von bürgerlicher Seite wird im Landrat eine Senkung der Einkommenssteuern gefordert. Herr Schoch, böten Sie als Regierungsrat dazu Hand?**

*Schoch:* Nein. Das Finanzierungsverhältnis im Kanton stimmt nicht. Wenn der Kanton die Steuern senkt, sind davon auch die Gemeinden betroffen. Sie brauchen diese Einnahmen unbedingt, ihnen geht es finanziell nicht gut. Dem Kanton geht es zwar aktuell besser, aber nur, weil gewisse Massnahmen umgesetzt wurden. Gleichzeitig haben wir einen riesigen Investitionsstau. Deshalb können wir die Einkommenssteuern nicht senken.

**Herr Liechti, von Gemeindeseite hört man, die Senkung der Vermögens- und der Unternehmenssteuern hätte grosse Löcher in ihre Kassen gerissen. Sind weitere Steuersenkungen verkraftbar?**

*Liechti:* Wenn wir so weitermachen mit dem Ausgabenwachstum der letzten Jahre, dann bringt sie nichts. Wir müssen endlich bei den Ausgaben hinschauen. Weitere Steuersenkungen sind dann verantwortbar.

*Schoch:* Aber wir müssen investieren. *Liechti:* Investitionen sind buchhalterisch etwas anderes. Das sind lang-

fristige Anlagen, die abgeschrieben werden. Das hat direkt nichts mit dem Wachstum der laufenden Ausgaben zu tun. Wir müssen uns fragen: Welche Leistungen wollen wir uns weiterhin leisten, welche nicht mehr? Wenn wir es schaffen, die Verwaltung effizienter zu machen, wird sie vielleicht auch günstiger – ohne Qualitätsverlust.

**Einverstanden, Herr Schoch?**

*Schoch:* Nein. Matthias, Du sagst, wir könnten uns Steuersenkungen leisten, wenn wir disziplinierter wären. Aber die Investitionen kommen eben nicht aus dem laufenden Budget, sondern müssen trotzdem finanziert werden. Wir müssen in den nächsten Jahren wahrscheinlich mehr investieren als bisher. Dafür brauchen wir die bestehenden Steuereinnahmen.

*Liechti:* Ich verstehe Dich richtig: Du würdest die Steuern erhöhen, um Infrastrukturvorhaben zu finanzieren?

*Schoch:* Der Kanton finanziert Infrastruktur über Steuern und Gebühren. Anders geht das nicht. Es gibt im Baselbiet Stimmen, die finden, man solle Steuersenkungen rückgängig machen. Es gibt im Baselbiet grosse und potente Firmen, die kaum Steuern zahlen. Dort könnte man schon ansetzen.

*Liechti:* Ja genau: Unternehmen stärker belasten, die Arbeitsplätze im Kanton schaffen. Lassen wir die Ironie: Ich glaube nicht, dass uns das als Wirtschaftskanton weiterbringt.

*Schoch:* Das ist ein erwiesenes Konzept. Eine gute Infrastruktur ist die Grundlage für eine florierende Wirtschaft. Ich möchte Arbeitsplätze anziehen, die bleiben.

**Schlussfrage. Am 14. Juni steht eine Richtungs Wahl an. Herr Schoch, wenn Sie verlieren, droht den Grünen ein weiterer Bedeutungsverlust. Wie gross ist der Druck?**

*Schoch:* Der Druck ist da, das spüre ich. Aber am 14. Juni geht es nicht einfach um die Grünen, sondern um meine Person. Die Frage ist: Soll meine Person in den Regierungsrat gewählt werden? Ich habe in vielen Interviews gesagt, dass ich pragmatisch bin. Das hat gewissen Leuten in meiner Partei wahrscheinlich nicht immer gefallen. Aber wenn man gewählt werden will, muss man der Mitte der Bevölkerung Antworten geben.

**Sie haben mal gesagt, dass Sie es bei einer Niederlage am 14. Juni allenfalls 2027 bei den Gesamterneuerungswahlen nochmals wissen möchten. Wie viele Stimmenprozent sind dazu nötig?**

*Schoch:* Es müsste am 14. Juni eine sehr knappe Niederlage sein, damit ich 2027 nochmals antrete. Ich rede von einem Anteil von 47 Prozent oder mehr.

**Herr Liechti, verlieren Sie am 14. Juni, dann hat die SVP zum dritten Mal in Serie eine Regierungswahl in den Sand gesetzt. Damit könnte interner Streit neu aufflammen. Wie stark spüren Sie den Druck?**

*Liechti:* Ich spüre vor allem grossen Rückhalt in meiner Partei. Klar ist die Erwartung da, dass es beim dritten Mal klappt. Ein Vorteil ist dieses Mal, dass wir die Herausforderer sind. Ob ich nochmals kandidiere, falls es nicht klappt, hängt von der Situation ab. Einerseits konnte ich durch den Wahlkampf meine Bekanntheit massiv steigern, andererseits ist ein solcher auch sehr zeitintensiv.